

- Presseverteiler
- Delegierte Bundeselternrat
- Landeselternvertretungen

Pressemitteilung

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder wirksam verhindern – Prävention muss endlich Priorität erhalten

Berlin, 23. Juli 2026

Die aktuellen Zahlen des Bundeskriminalamtes zeichnen ein erschütterndes Bild: Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche bleibt eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen. Besonders besorgniserregend ist die zunehmende Verlagerung der Straftaten in digitale Räume. Cybergrooming, Sextortion, Livestreaming und der Missbrauch neuer Technologien eröffnen Täterinnen und Tätern immer neue Möglichkeiten, Kinder und Jugendliche zu gefährden.

Im Jahr 2025 wurden bundesweit 20.051 minderjährige Opfer sexuellen Missbrauchs registriert. Besonders alarmierend ist der Anstieg der Missbrauchshandlungen ohne Körperkontakt um 16,5 Prozent. Auch Straftaten im Zusammenhang mit jugendpornografischen Inhalten erreichten einen neuen Höchststand.

Für den Bundeselternrat sind diese Zahlen ein unmissverständliches Warnsignal. Kinderschutz darf nicht erst beginnen, wenn Straftaten bereits geschehen sind. Prävention muss fester Bestandteil von Bildung, Erziehung und Familienunterstützung sein.

Kinder und Jugendliche bewegen sich selbstverständlich in digitalen Lebenswelten. Deshalb müssen sie frühzeitig lernen, Risiken zu erkennen und sich Hilfe zu holen. Gleichzeitig brauchen Eltern verlässliche Unterstützung, Schulen verbindliche Schutzkonzepte, qualifiziertes Personal und ausreichend Zeit, um Prävention und Medienbildung nachhaltig zu verankern.

Der Bundeselternrat fordert Bund, Länder und Kommunen auf,



Geschäftsstelle
Bundeselternrat
c/o Stiftung Bildung
Am Festungsgraben 1
10117 Berlin

Kontakt
Tel: +49 30 - 577 010 779
info@bundeselternrat.de
www.bundeselternrat.de

Bankverbindung
Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN: DE07160500003754001212
BIC: WELADED1PMB

Der Vorstand wird vertreten durch:

Norman Heise (Vorsitzender)
Annett Hertel (stellv. Vorsitzende), Aline Sommer-Noack (stellv. Vorsitzende), Eileen Schulz (stellv. Vorsitzende)

Der Bundeselternrat wird gemäß §6 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung von zwei Vorstandsmitgliedern nach Außen vertreten.

- Schutz- und Präventionskonzepte gegen sexualisierte Gewalt verbindlich an allen Schulen zu verankern,
- Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte regelmäßig fortzubilden,
- Medienbildung verbindlich und altersgerecht auszubauen,
- Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien flächendeckend bereitzustellen sowie
- Präventions- und Opferschutzangebote dauerhaft und verlässlich zu finanzieren.

„Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, sicher aufzuwachsen – analog wie digital. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass Prävention nicht länger nachrangig behandelt werden darf. Eltern, Schulen und Politik tragen gemeinsam Verantwortung. Dafür braucht es verbindliche Strukturen, starke Medienbildung und niedrigschwellige Unterstützungsangebote für Familien. Kinderschutz beginnt nicht mit der Strafverfolgung – er beginnt lange davor.“ erklärt Eileen Schulz, Stellvertretende Vorsitzende des Bundeselternrats.

Der Bundeselternrat erwartet, dass die Politik den aktuellen Zahlen nicht länger mit der Routine begegnet, die alarmierende Entwicklungen allzu oft erfahren. Bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder darf es kein Abwarten, kein Vertagen und kein Verweisen auf künftige Maßnahmen geben.

Hinter jeder Zahl steht ein Kind. Ein Kind, dessen Vertrauen missbraucht, dessen Unversehrtheit verletzt und dessen Leben dauerhaft verändert wurde. Ausbleibende oder unzureichende politische Entscheidungen sind in diesem Zusammenhang keine abstrakten Versäumnisse – sie bedeuten fehlenden Schutz für Kinder.

Kinderschutz ist keine politische Option und kein Projekt für bessere Haushaltslagen. Er ist eine staatliche Verpflichtung. Prävention, Aufklärung, Medienbildung und wirksame Schutzkonzepte müssen verbindlich, flächendeckend und dauerhaft umgesetzt werden.

Kinder haben keine Zeit, auf die nächste Reform, die nächste Arbeitsgruppe oder den nächsten Haushalt zu warten. Jede verzögerte Entscheidung kann bedeuten, dass weitere Kinder Opfer werden. Dafür trägt die Politik Verantwortung.

Aline Sommer-Noack

Vorstand Bundeselternrat

Pressekontakt

info@bundeselternrat.de

aline.sommer-noack@bundeselternrat.de